

P 293

Postulat Meier Thomas und Mit. über befristete Anpassung der Betriebszeiten in ausserordentlichen Lagen

eröffnet am 18. Mai 2020

Der Regierungsrat wird aufgefordert, zu prüfen, wie es exponierten Detailhandels- und Dienstleistungsbetrieben in ausserordentlichen Lagen erlaubt werden kann, befristet ihre Betriebszeiten anzupassen.

Begründung:

Die Corona-Krise hat die Welt auf den Kopf gestellt – auch jene im Detailhandel. Geschäfte mussten auf behördlichen Beschluss hin vorübergehend schliessen und bei der Wiedereröffnung diverse Massnahmen ergreifen, die es ihnen erlauben, die behördlichen Auflagen bezüglich Hygiene und Distanz einzuhalten. Diese Einschränkungen führten und führen dazu, dass man weniger Kunden bedienen kann als von der Nachfrage her möglich und betriebswirtschaftlich notwendig wäre. Und es führt in Spitzenzeiten zu Menschenansammlungen vor den Geschäften, was auch für die Einhaltung der oben genannten Sicherheitsvorschriften kontraproduktiv ist.

Dieses Problem kennen zurzeit nicht nur Lebensmittel-, Blumen- und Papeterieläden, sondern auch Dienstleistungsbetriebe wie Coiffeur-, Massage- oder Take-away-Geschäfte. Auch Restaurationsbetriebe, die ihr Betriebskonzept während des Lockdowns vorübergehend auf Take-away umstellten (und damit den ordentlichen Ladenöffnungszeiten unterstellt waren) konnten die Bedürfnisse ihrer Kunden (z.B. das Abendgeschäft) nur ungenügend abdecken.

Die FDP fordert deshalb in einer ausserordentlichen Lage wie dieser längere Betriebszeiten. Durch flexiblere Arbeitszeiten können exponierte Detailhandels- und Dienstleistungsbetriebe die eingeschränkten räumlichen Kapazitäten teilweise ausgleichen. So könnten zum Beispiel Coiffeurgeschäfte die vorübergehend reduzierten Raum- und Personalkapazitäten durch längere Öffnungszeiten mit Schichtbetrieb kompensieren. Und in Läden des täglichen Bedarfs könnte der Kundenandrang zeitlich besser verteilt werden, was wiederum Menschenansammlungen (auch beim Anstehen) entgegenwirken würde.

Ein besseres Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage, wie es unser Postulat fordert, hätte positive Auswirkungen sowohl für die Volksgesundheit wie auch für die Volkswirtschaft. Einerseits könnten die Sicherheitsvorgaben des Bundes besser eingehalten werden, und die Bevölkerung könnte in einer emotional und psychisch angespannten Situation wie dieser zumindest einen Teil ihrer Konsumbedürfnisse besser abdecken. Andererseits würden die höheren Umsätze dazu beitragen, dass die wirtschaftlich von den vielen Einschränkungen sonst schon gebeutelten Betriebe besser (und vor allem ohne staatliche Hilfe) über die Runden kämen.

Meier Thomas Born Rolf Moser Andreas Müller Pirmin

2001KR.2020-0222 / P-293 Seite 1 von 2

Hauser Patrick

Schmid-Ambauen Rosy

Räber Franz

Hunkeler Damian

Wolanin Jim

Dubach Georg

Scherer Heidi

Keller Irene

Zemp Baumgartner Yvonne

Bucher Philipp

Schurtenberger Helen Wermelinger Sabine

Betschen Stephan

Amrein Ruedi

Boos-Braun Sibylle

Omlin Marcel

Zanolla Lisa

Bärtschi Andreas

Marti André

2001KR.2020-0222 / P-293 Seite 2 von 2